

18. August 2020

Ratsantrag:

Lärmschutz an der A1 verbessern: Stadt Münster ist gefordert

Der Rat möge beschließen:

1. Auf den Strecken der A1, die durch das Stadtgebiet Münster führen, wird ein Tempolimit von 100 km/h eingeführt. Rat und Verwaltung fordern das Land NRW auf diese Maßnahme endlich umzusetzen.
2. Im Bereich von Nienberge wird ein Tempolimit für LKW auf der A 1 von 60 km/h eingeführt. Weitere Bereiche des Stadtgebiets werden diesbezüglich ebenfalls geprüft.
3. Die Stadt Münster setzt sich im Rahmen des Ausbaus der A1 für den Einbau von offenporigen Asphalts (OPA) im Bereich von Nienberge mit einer Länge von 1.300 Metern ein. Weitere Bereiche werden geprüft.
4. Der Stadtteil Nienberge wird als „ruhiges Gebiet“ in den Lärmaktionsplan der Stadt Münster aufgenommen.
5. Die Stadtverwaltung erarbeitet gemeinsam mit den Stadtwerken bessere Busverbindungen zwischen den Stadtteilen in Münsters Norden und Westen und stellt hierzu Vorschläge vor. Mehr PKW-Fahrer*innen sollen zum Umstieg auf den ÖPNV bewegt werden.

Begründung:

Der Lärmschutz in Nienberge und anderen vom Verkehrslärm der A 1 betroffenen Bereiche der Stadt ist vollkommen unzureichend. Hier steht die Stadt Münster in der Pflicht, mehr für die Gesundheit der Anwohner*innen und den Lärmschutz auf dem Stadtgebiet zu tun.

In Nienberge war und ist Lärmschutz in erster Linie aufgrund der privaten Initiative und Aktivität von Anwohner*innen erfolgt. Dies darf nicht so bleiben. Stadt und Land dürfen den Bürger*innen nicht länger effektiven Lärmschutz verweigern. Daher ist die Stadtverwaltung aufgefordert, sich gegenüber den übergeordneten Behörden endlich für effektiven Lärmschutz nachhaltig einzusetzen.

Zudem muss die Stadt auch das in ihrer Zuständigkeit stehende tun, um ihre Bürger*innen aktiv vor Lärm und weiteren Belastungen zu schützen.

Im Sinne der vom Rat der Stadt beschlossenen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Global nachhaltigen Kommune (GNK) sorgt die Stadt für bessere ÖPNV-Verbindungen zwischen den Stadtteilen, insbesondere auch den Außenstadtteilen. Hierzu sind ein Konzept und konkrete Vorschläge für den Nahverkehrsplan vorzulegen.

gez.

Carsten Peters

und Fraktion